

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS +

Herausgegeben von Bundesminister Dr. Robert TILLMÄNNIS - Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN - Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

3. Jahrgang, Nummer 11/12 - Postversandort Bonn - Bonn, im Nov./Dez. 1955

Welche der Geist Gottes treibt,
die sind Gottes Kinder.

Römer 8,14

Der Herr hat uns durch den Heimgang unseres lieben Freundes, des Vorsitzenden unseres Arbeitskreises,

BUNDESMINISTER DR. ROBERT TILLMÄNNIS

tiefe Trauer widerfahren lassen.

Sein selbstloses Wirken für unser Volk in seiner Anteilbarkeit ruhte in Verantwortung aus dem Glauben. Unsere währende Verbundenheit und Dankbarkeit verpflichtet uns zu dem Bemühen, seine Arbeit nach seinem Vorbild weiterzutragen.

Evangelischer Arbeitskreis
der CDU/CSU Deutschlands

I N H A L T

ROBERT TILLMANNS ZUM GEDENKEN von Walter Strauss	S. 2
BEKENNTNIS ZUM VATERLAND UND ZUR MENSCHHEIT von Otto Dibelius	S. 3
DAS WAGNIS DES GLAUBENS AUF DEM FELDE POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN von Edo Osterloh	S. 6
SOZIALREFORM - UTOPIE ODER MÖGLICHKEIT? von Friedrich Kühn	S. 11
WAS MACHEN WIR MIT DEM NAMEN GOTTES? von Konrat Weymann	S. 13
DIE SOWJETUNION UND DIE DEUTSCHE FRAGE von Werner v. Lojewski	S. 15
AUS DEN ARBEITSKREISEN	S. 17

ROBERT TILLMANNS ZUM GEDENKEN

von Walter Strauss

Binnen einer Spanne von wenig mehr als einem Jahr ist abermals der Stellvertretende Vorsitzende der CDU und zugleich Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von uns gegangen. Wir haben den Willen des Herrn in Demut und Trauer hinzunehmen, aber auch in Dankbarkeit für das, was er uns Robert Tillmanns werden und sein ließ.

Robert Tillmanns lag jedes Pathos fern. Sein fester und schlichter Glaube hat sein öffentliches Wirken in einer Weise bestimmt, der nachzueifern wir uns geloben sollten. Er durchdrang sein Wesen und strahlte von ihm aus, ohne daß es jemals eines Wortes darüber bedurft hätte. Die viel angefochtene Möglichkeit politischen Handelns "aus christlicher Verantwortung" wurde von ihm dargelegt und ihre Verwirklichung damit erwiesen.

Hierin lag die eine Wurzel seines Eintritts in die aktive Politik im Jahre 1945 und zugleich eine über seine Person hinaus reichende Rechtfertigung für den politischen Raum, den er maßgeblich mit begründete und dessen inhaltliche Ausfüllung in den folgenden Jahren ihm mit an erster Stelle zu verdanken ist.

Die andere Wurzel möchte ich, der ich Beginn und Fortentwickeln seiner öffentlichen Tätigkeit seit 1945 aus freundschaftlicher, im Anfang auch aus nachbarschaftlicher Nähe erleben durfte, in seiner unmittelbaren Anteilnahme am sozialen Bereich sehen. Er hat auch hierüber nie gesprochen. Ich glaube aber, daß es die Erfahrungen des siebzehnjährigen Kriegsfreiwilligen von 1914 waren, die ihn nach 1918 in die Sozialarbeit für die deutschen Studenten führten (eine Arbeit, die er auch nach Abschluß des Studiums fortsetzte). Er ging damit einen anderen Weg als die meisten seiner Kriegskameraden.

Von hieraus, scheint mir, wurde sein Blick zuerst auf das unmittelbar Politische gelenkt. Das wird bestätigt durch die Art, wie er nach der Finsternis der zwölf

Jahre den Ansatz seines Handelns wählte: Neben einer umfassenden Tätigkeit in der CDU der Sowjetzone und Berlins leitete er das Zentralbüro Ost des Evangelischen Hilfswerks - eine Tätigkeit, die segenserfüllt war. Darum entsprach es auch seinem Wesen, daß er in den letzten Monaten seines Lebens aus eigenem Antrieb die Fragen der Sozialreform anpackte und in sie eindrang, weil er in ihnen eine der wesentlichsten Zukunftsaufgaben der deutschen Politik sah.

Heute und hier soll nicht davon gesprochen werden, wie Robert Tillmanns in wichtigste Ämter des Staates, seiner Partei und der Einrichtungen der evangelischen Kirchen hineingetragen wurde und hineinwuchs, auch nicht von seiner Mitarbeit beim Evangelischen Kirchentag, in den Evangelischen Akademien und an anderen Aufgaben im In- und Ausland. Daß es geschah, lag vornehmlich daran, daß er Tagesfragen der Politik, aber auch des kirchlichen Lebens, niemals isoliert oder taktisch betrachtete, sondern stets darum rang, sie von den großen Zusammenhängen her zu erfassen. Die Wertbestimmtheit dieser Zusammenhänge erwuchs ihm fraglos aus dem Glauben.

So ist es auch nicht nur aus seiner lebensmäßigen und beruflichen Verbundenheit mit diesem Gebiet vor und nach 1945 zu verstehen, warum er in Fragen Mitteldeutschlands und Berlins vor anderen hervortrat. Es war nicht nur das - selbstverständliche - volkliche Zusammengehörigkeitsgefühl, das ihn ständig bewegte, sondern auch das Wissen, daß es letztlich darum geht, das christliche Menschenbild zu verteidigen und die Freiheit des Christenmenschen, die uns vom Glauben aufgegeben ist, zu bewahren. Gleich gewichtig neben dem politischen Machtkampf war ihm die geistige Auseinandersetzung, die vom Glauben her zu führen ist. Für ihn galt das Wort von Jakobus 1,25: "Wer durchschaut in das vollkommene Gesetz der Freiheit und darin beharrt, und ist nicht ein vergeßlicher Hörer, sondern ein Täter, der wird selig sein in seiner Tat."

Robert Tillmanns hat in der Politik stets die Sache alles gegolten, die Person nur um der Sache willen. Er hat sich selbst nie in den Vordergrund gestellt. Und doch entsprach es einer spontan sich bildenden allgemeinen Auffassung, daß er in unserer Partei zur Nachfolge von Hermann Ehlers berufen wurde. Wie seinem Vorgänger erschien ihm der Unionsgedanke nicht nur als das große Fortschreiten in der deutschen Innenpolitik über das insofern bis 1933 reichende 19. Jahrhundert hinaus, sondern als der einzige politische Heimatraum, der Menschen seiner Artung ein aktives politisches Handeln ermöglichte.

Einer der letzten Sätze, die Robert Tillmanns zu mir geäußert hat, lautete: "Jeder Mensch sollte sein Maß kennen." Robert Tillmanns hat uns ein außerordentliches Maß, im Menschlichen ebenso wie im Sachlichen, gesetzt. Für dieses Maß wollen wir ihm danken und ihm nachzustreben uns bemühen.

BEKENNTNIS ZUM VATERLAND UND ZUR MENSCHHEIT

Ansprache von Bischof D.Dr. Otto Dibelius zum Volkstrauertag 1955
anläßlich einer Feierstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages

Wer einmal vor einem der Soldatenfriedhöfe gestanden hat, die uns die Kriegsgräberfürsorge schuf, der wird Mühe gehabt haben, von den Gedanken wieder loszukommen, die ihn dabei überfielen: Da liegen sie nun in Reih' und Glied, von denen wir meinten, sie hätten ihr Leben noch vor sich, vielleicht ein bedeutungsvolles Leben. Sie alle waren während des Krieges nur kleine Rädchen einer ungeheuren Maschine, und doch war jeder von ihnen ein Mensch. Um jeden, fast um jeden hat eine Mutter geweint, haben Frau und Kinder große Herzensnot gehabt. Eine grausige Bluternte für einen Krieg, den von den Nachlebenden niemand zu rechtfertigen wagt, und den auch unsere Gefallenen nur zu einem ganz kleinen Teil mit innerer

Freudigkeit durchgekämpft haben.

Und wir denken ja heute nicht nur an die, die auf den Soldatenfriedhöfen liegen. Wir denken an die vielen Gefangenen, die nicht wiedergekommen sind, die der Tod ereilt hat, niemand weiß wann, niemand weiß wo und niemand weiß wie. Wir denken an die, die ihr Grab auf hoher See gefunden haben oder in der Sandwüste Afrikas. Wir denken wahrlich nicht zuletzt an all die Männer und Frauen, die in den Luftschutzkellern Opfer der Bombenangriffe geworden oder sonst durch Feindeinwirkung umgekommen sind, mitten in ihrem Vaterland. Eine erschreckende Ernte des Todes.

Es ist nun zehn Jahre her, daß dies alles zum Abschluß gekommen ist. Deutschland hat einen neuen Anfang gemacht, und es hat sich vieles geregelt, was der Beginn einer neuen bescheidenen Existenz des deutschen Volkes sein möchte. Aber immer wieder kommt die Frage: Ist das Neue, was jetzt unter uns werden will, diese unermeßlichen Opfer wert und mußte es sinnvoll mit solchen Opfern erkaufte werden?

In der großen Trostlosigkeit, die einen dann überkommt, ist man dankbar für alles, was hier ein wenig lindern kann. Darum sind wir dankbar für unsere Soldatenfriedhöfe, die wenigstens einen Hauch von Würde und von Glauben über unsere Gräber dahinwehen lassen und die ein Sinnbild dafür sein wollen, daß das deutsche Volk seine Toten nicht vergessen hat. Wir haben sie wirklich nicht vergessen, auch nicht in dem großen Umbruch unserer Tage, auch nicht in dieser überfordernden Arbeit an dem Neuen, was unter uns wächst und uns umgibt. Wir haben sie nicht vergessen, und wir stehen bereit, von ihnen zu lernen, was da nach Gottes Willen zu lernen ist.

Es ist vieles von ihnen zu lernen. Ich will hier nur das eine nennen: Sie sind alle gestorben mit jener großen Spannung im Herzen - der Spannung zwischen der Verpflichtung, das zu tun, was ihnen geboten war, nicht nach dem eigenen Leben zu fragen, sondern für die Kameraden da zu sein oder in den Luftschutzkellern für ihre Nachbarschaft sorgen zu helfen, und dem Bewußtsein, doch den Grund für das alles nicht bejahen und seinen Sinn nicht begreifen zu können. Diese gewaltige Spannung zwischen Gegensätzen, sie ist es, die uns heute im besonderen zu denken gibt.

Denn Gott schickt seiner Menschheit immer wieder Zeiten, in denen sie in Gegensätzen leben und aus der Spannung zwischen diesen Gegensätzen ihre Kraft gewinnen muß. Solch eine Zeit ist die unsere. Ich greife aus den Gegensätzen, in denen wir zu leben haben, nur einiges heraus: Wir sind Kinder unseres Vaterlandes, und ein Volkstrauertag ruft uns wieder zum Vaterland. Ich weiß wohl, daß man dieses Wort heute nur mit Zurückhaltung aussprechen darf, weil für Ungezählte so vieles daran hängt, was nicht wieder sein soll und nicht wieder sein darf. Aber ein Mensch gedeiht nun einmal nicht ohne Vaterland. Und ein Volk, das nur den Staat kennt und nicht mehr das warme Heimatgefühl, das das Wort Vaterland in sich schließt, kann keine Zukunft haben. Darum bekennen wir uns auch in dieser Stunde zu unserem Vaterland.

Doch unsere Herzen werden heute weit hinausgeführt über die engen Grenzen unseres Vaterlandes. Die Erkenntnis ist Allgemeingut geworden in unserem Volk, daß es nicht nur um das Vaterland geht und daß die Verantwortung, die wir tragen, sich nicht innerhalb unserer Grenzen erschöpft. Wir stehen zu dem Gedanken einer europäischen Einheit, ganz einerlei, wie der Tageskurs dieses Gedankens sein mag. Wir stehen zu dem Gedanken einer großen Gemeinschaft der Völker der Welt. Das Wort Menschheit, das noch vor ein paar Jahrzehnten eine gehaltlose Idee war, wird für uns immer mehr zu einer Realität, in der wir an jedem Tage leben. So ist eine Spannung da zwischen Vaterland und Menschheit. Aber es wird am Ende Gottes Wille sein, daß wir nicht nur in dieser Spannung leben, sondern eben daraus Kraft gewinnen - die Kraft, unter dem Gedanken der Menschheit nicht Kosmopoliten, nicht Schwärmer für gegenstandslose Ideale zu werden, sondern diesen Gedanken auf dem Wege über unser Vaterland Wirklichkeit werden zu lassen;

und die Kraft, unter dem Gedanken des Vaterlandes nicht engbrüstig zu werden, nicht in kleinbürgerliches Fühlen und Denken zurückzusinken, sondern das Vaterland zu einem Baustein zu machen, mit unseren Zeichen versehen, an dem großen Bau der Menschheit, den Gott bauen will.

Wir leben, indem wir das Wort Vaterland sprechen, zugleich in der Gewißheit, daß uns Respekt gebührt vor dem, was dazu da ist, das Vaterland zu schützen. Auch das kleinste Volk hat Respekt vor denen, die das Kleid des Soldaten tragen, weiß, was es denen schuldig ist, die verkörpern, daß das Vaterland den Einsatz bis zum Letzten verlangen kann. Und wir atmen und leben gleichermaßen in der heißen Sehnsucht nach Frieden. Wir wissen allerdings, wie schwer einem das heute abgenommen wird, wenn man vom Frieden redet, weil sich mit diesem Wort so oft etwas ganz anderes verbindet. Doch wir sind es uns selbst und auch den anderen schuldig, daß wir uns immer wieder vor aller Welt zu dem Gedanken des Friedens bekennen und es immer wieder aussprechen, daß wir etwas gelernt haben aus der Vergangenheit, daß wir erkannt haben, daß aus einem Kriege niemals etwas Gutes kommen kann, niemals eine Lösung der Probleme, niemals etwas, was die Zerstörungen wirklich wert wäre, und daß wir einem Kriege im Zeitalter der Atomwaffen nur mit Grauen entgegensetzen könnten.

Wir leben in dieser Spannung. Vielleicht ist sie dazu da, daß wir die Kraft finden, den Frieden nicht zu wollen aus Angst und Feigheit, worauf keine Verheißung ruhen würde; und daß wir auf der anderen Seite den Einsatz für das Vaterland - logisch kaum vollziehbar, aber eben in der Kraft dieser Gegensätze zur Wirklichkeit werdend - nur deshalb wollen, damit Frieden bleibe und damit die Menschheit ein Organismus werde, in dem ein Glied dem anderen dient.

Das deutsche Volk ist seit 1939 sehr viel mündiger geworden. Wir wissen von neuem, wie entscheidend es ist, dem "Ideal" - mag es Führern eines Staates auch sehr bequem sein -, daß einige wenige kommandieren und alle anderen nur zu gehorchen haben, für immer abzuschwören. Es kommt vielmehr darauf an, daß ein jeder, Mann und Frau, in den Schranken seiner Fähigkeiten sich ein eigenes Urteil über die großen Dinge des öffentlichen Lebens bildet, nicht mehr bereit, irgendwelchen Parolen zu folgen - ob sie nun von einem "Führer" oder von einer Partei kommen -, sondern gewillt, diese Parolen selbständig zu prüfen und vor dem eigenen Gewissen zu entscheiden, wo der rechte Weg sein könnte. Und wir stehen zugleich vor der großen Notwendigkeit, daß in den Stunden besonderer Aufgaben, besonderer Nöte, besonderer Verantwortung alle Verschiedenheiten der Meinungen zu schweigen haben und einmünden müssen in eine große Gemeinsamkeit der Verantwortung. Das sind Gegensätze. Aber vielleicht erwächst uns gerade aus dem Leben in diesen Gegensätzen die Kraft: einerseits der Verantwortung so gerecht zu werden, daß wir niemanden mit unserem Urteil vergewaltigen wollen, daß es unser Bemühen ist, den anderen nicht zu überwältigen, sondern zu überzeugen und ihm zu dem rechten Urteil zu helfen; und zum anderen die Meinung des einzelnen vor dem zu bewahren, was in Starrköpfigkeit und Eigenbrötelei endet - so daß letztlich im Zusammenklang dieser Gegensätze das rechte gefunden wird.

Und über all diesen Gegensätzen und über aller Aufforderung, aus der Spannung zwischen den Gegensätzen Kraft zu gewinnen, steht das Kreuz, das auch unsere Kriegsgräber tragen. Jawohl, was ist dieses Kreuz anderes, als die größte, weltumfassende Spannung zwischen Gegensätzen? Da hat einer den Tod erlitten und hat den Tod bis in seine letzten Tiefen ausgekostet und ging durch den Tod zum Leben und nahm die, die an ihn glauben, in das Leben mit. Da hat dieser eine uns am Kreuz dessen gewiß gemacht, daß die Not, die Gott schickt, sich wandeln soll in ihr Gegenteil, nämlich in Segen, und daß, wenn man die Not in der Tiefe erlebt, man auch den Segen in seiner Tiefe erhalten wird. Da ist das Kreuz, das uns keine Illusionen erlaubt über die äußere und innere Not, in der wir alle miteinander stehen, aber das aus der Hoffnungslosigkeit herausreißt in eine Hoffnung, die besteht für Leben und für Sterben. Diesem Kreuz geloben wir uns auch in dieser Stunde an. Wir geloben uns ihm an in einer Zeit, die uns gleichfalls Illusionen nicht erlaubt, in einer Zeit, in der schwere Sorgen unser Vaterland bedrücken, in einer Zeit, in der es der lebendige Gott seinen Menschen-

kindern im deutschen Vaterland wahrhaftig nicht leicht macht.

Ich habe heute früh im Kirchengebet dessen gedacht, wie uns der Heimgang unseres Freundes Robert Tillmanns bewegt. Ich muß dem auch hier Ausdruck geben. Er war einer von den Lauteren und den Treuen und denen, von welchen wir menschlich nur zu sagen vermögen: Wir können sie nicht entbehren! Nun müssen wir ohne ihn fertig werden. Gott macht es uns nicht leicht. Aber über der hoffnungsarmen Gegenwart steht das Kreuz und ruft uns in eine Hoffnung hinein, von der wir wissen, daß sie ewigen Bestand hat. Dieser Hoffnung geloben wir uns an.

So grüßen wir unsere Toten!

DAS WAGNIS DES GLAUBENS AUF DEM FELDE POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN

von Edo Osterloh

Wer als evangelischer Christ ein positives Verhältnis zur CDU hat, der trägt auch eine besondere, eigene Verantwortung für die zukünftige Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union als Partei. Das deutsche Volk und die evangelische Kirche haben ein Recht darauf, von uns eine Antwort auf die Frage zu verlangen, wie wir die gegenwärtige politische Situation beurteilen und welche Aufgaben wir für die kommenden Jahre als Verpflichtung vor uns sehen. In dem vergangenen Jahrzehnt hat die CDU nicht nur eine wesentliche und weithin entscheidende Mitverantwortung für die Architektur beim Wiederaufbau unseres Staatswesens übernommen, sie hat nicht nur die Weichenstellung in unserer Außenpolitik, im Wirtschaftsleben und im sozialen Bereich bestimmt, sondern sie hat darüber hinaus erheblich auf die politische Urteilsbildung und auf das staatsbürgerliche Denken in unserem Volk eingewirkt. Wenn man nach den Ursachen für den Unterschied im allgemeinen politischen und im geistigen Klima der Gegenwart etwa gegenüber der Zeit um 1928/29 fragt, so stellt die CDU mit ihrer ganzen Wirksamkeit einen starken Faktor dar, dem nichts aus der Zeit vor 1933 wirklich vergleichbar ist und ohne den tiefgreifende Wandlungen gegenüber den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen nicht zu erklären sind.

Es wäre nicht zur Entstehung einer so umfassenden, volkspädagogisch prägenden Kraft gekommen, wenn die Zusammenfassung evangelischer und katholischer Christen zu einer politischen Partei nach dem Zusammenbruch nicht gelungen wäre. Dabei hat von Anfang an niemand unter den Beteiligten daran gedacht, evangelische und katholische Christen im politischen Raum mit dem Ziele zusammenzufassen, christliche Mission zu treiben, das deutsche Volk zu christianisieren oder gar einen Monopolanspruch auf das "Christliche" zu erheben. Weder die Katholiken noch die Evangelischen haben von einer politischen Kräftekonzentration eine unmittelbare religiös-missionarische Wirkung erwartet.

Im Widerstand gegen den totalitären Staat und gegen die Monopolpartei des Diktators ist das Selbstvertrauen der Kirche zu den ihr ureigenen Mitteln und Werkzeugen der Missionsarbeit und gleichzeitig damit das Mißtrauen gegen jede Abhängigkeit vom Staat und von politischen Einrichtungen gewachsen. Insbesondere haben die amtlichen Leitungen der evangelischen Kirchen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie in der neuen Partei der Christlich-Demokratischen Union eine rein politische Angelegenheit sahen, von der sie glaubten, sich sorgfältig und gelegentlich sogar im negativen Sinne distanzieren zu müssen.

Innerhalb der CDU konnte deshalb nicht - besonders nicht auf der evangelischen Seite - das Mißverständnis entstehen, daß diese Partei einfach der verlängerte Arm der christlichen Kirchen, sozusagen für politische Hilfsdienste, sei.

Wir sollten hier nicht verschweigen, daß schon die frühere Zentrumspartei eine

bemerkenswerte und uneingeschränkt anzuerkennende Unabhängigkeit von klerikalen und episkopalen Weisungen gezeigt hat. Die CDU ist, von ihrer Gründung an bis zur gegenwärtigen Stunde, den Kirchen gegenüber ein unabhängiges, in der Substanz rein politisches Gebilde. Diese Feststellung bedeutet nicht eine Entleerung ihres Namens. Vielmehr erweist die Partei sich als christlich in ihren programmatischen Äußerungen und ihrer praktischen Arbeit durch den Respekt vor gemein-christlichen Erkenntnissen der greifbaren Wirklichkeit und durch ihre bejahende Anerkennung der Arbeit der christlichen Kirchen. Eine solche Anerkennung und Bejahung des Lebensrechtes und der Wirkungsmöglichkeiten der christlichen Kirchen ist keineswegs eine politische Selbstverständlichkeit, wie von gewisser Seite heute gelegentlich behauptet wird. Es sind nicht nur die Nationalsozialisten und Kommunisten, die durch ihre Zielsetzung und durch ihre politische Praxis bewiesen haben, daß politische Entscheidungen auch unter dem Vorzeichen einer aggressiven Glaubenslosigkeit und eines konstruktiven Atheismus gefällt werden können. Wir sollten nicht vergessen und nicht verschweigen, daß wir in unserem eigenen Volk und an unserem eigenen Leibe eine Lektion darüber erteilt bekommen haben, was es heißt, wenn Politik und staatliches Leben zielbewußt und in der Taktik wendig, klug und energisch gegen das Dasein der Kirchen und die Freiheit des Glaubens eingesetzt werden. Es gibt auch das Wagnis des Unglaubens auf dem Felde politischer Entscheidungen. Auch in der neueren Geschichte hat sich gezeigt, daß die Intoleranz und Ketzerrichterei der Glaubenslosen und Abtrünnigen lebensgefährlich und blutrünstig sein kann.

Mit dankbarer Freude dürfen wir heute feststellen, daß bei uns jede politische Partei, die auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie steht, ihre positive Offenheit für alle christlichen Anliegen beteuert. In Niedersachsen z.B. haben wir geradezu ein Wetteifern um die Ehre erlebt, Luthers Erbe zu wahren und das Evangelium zu verteidigen. Wenn wir auch gelegentlich blitzartige und sogar giftige Zeichen und Taten einer gegensätzlichen Einstellung erleben, so darf man doch im großen und ganzen von einer betont kirchenfreundlichen und den Glauben tolerierenden Atmosphäre unserer Zeit in der Bundesrepublik sprechen. Wahrscheinlich wird uns der Historiker in späteren Jahrzehnten oder Jahrhunderten recht geben, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß es zu einer solchen glaubensfreundlichen Gesamthaltung in unserem Volk ohne die Gründung und die bisherige Wirksamkeit der CDU nicht gekommen wäre.

Das Thema dieser Ausführungen fordert von uns nun den Versuch, uns zu vergegenwärtigen, welche gemein-christlichen Erkenntnisse es denn sind, die in der Tiefe - ohne daß wir gewöhnlich viel davon reden - unsere politische Haltung und unsere politischen Entscheidungen bestimmen. Als Politiker sind wir weder Prediger noch systematische Theologen und haben darum in unserer alltäglichen Arbeit keinen Anlaß, die christlich-biblische Verankerung unserer Grundsätze dem Wort nach zu nennen. Es wird uns aber deutlich werden müssen, daß wir nicht prinzipienlos handeln können, und daß eine gewisse, uns zur Selbstverständlichkeit gewordene Einstellung zu politischen Problemen keineswegs Gemeingut aller demokratischen Parteien ist. Vielmehr handelt es sich bei den von mir genannten gemein-christlichen Erkenntnissen der greifbaren Wirklichkeit um heißumstrittene Urentscheidungen, die auch von uns selbst immer wieder neu durchdacht und auf ihre Anwendbarkeit bei den einzelnen politischen Entscheidungen überprüft werden müssen.

Wir würden als politische Partei unseren Namen, der uns von anderen politischen Kräftegruppen unterscheidet, nicht mehr verdienen, wenn wir nicht - wenigstens bei besonderen Anlässen - ernste Anstrengungen machen würden, uns die tiefsten christlichen Voraussetzungen unseres politischen Handelns ins Bewußtsein zu rufen:

1. Der Mensch als das Subjekt und Objekt politischer Tätigkeit wird von uns weder vergötzt noch verachtet. Er ist uns weder das Maß aller Dinge noch bloßes Mittel oder Massenpartikelchen für die Verwirklichung irgendeiner Ideologie. Vielmehr erkennen wir nüchtern und ehrlich Fehlsamkeit, Tragik und Schuld des Menschen ebenso wie seine unantastbare

Würde der Person als Ebenbild des Schöpfers. Wir sehen den Menschen unter dem geschichtlichen Auftrag, in gehorsamer Verantwortung die Welt mit seinen Mitteln in Ordnung zu halten und das eigene Geschick im Diesseits getreu seinem höheren Auftrag zu gestalten.

2. Der S t a a t ist seinem Wesen nach für uns eine von Gott gestiftete Einrichtung, deren Auftrag und deren Grenzen durch die umfassende Herrschaft des Herrn der Geschichte bestimmt werden. Der Staat ist nicht nur das Ergebnis menschlicher Vereinbarung und die Resultante des jeweiligen politischen Kraftfeldes, wenn auch die Wahrnehmung seiner Funktionen dem geschichtlichen Wandel unterworfen ist, nach menschlicher Übereinkunft geregelt werden kann und heute nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie zu erfolgen hat. Das Staatliche ist für uns keine absolute, keine totale und keine höchste Instanz. Vielmehr messen wir es an dem Gebot Gottes. Wir sehen den Staat mit seinen Einrichtungen aber auch nicht als ein bloßes Mittel zur Erreichung ideologischer oder politischer Ziele, sondern verstehen das gesamte politische Handeln als Dienst an der Verwirklichung des dem Staat von Gott für das Volk in seiner irdischen Geschichte gegebenen Auftrags.
3. Im persönlichen E i g e n t u m und in der verantwortlichen Verfügungsgewalt des Einzelnen über sein Eigentum erblicken wir mehr als eine zufällige und vorübergehende Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens. Uns gilt das Eigentum als eine dem Menschen von seinem Schöpfer zusammen mit der Freiheit verliehene Gabe, in deren Verwaltung er sich bewährt oder versagt.

Unser Ja zum Eigentum ist jedoch keineswegs identisch mit einer uneingeschränkten Bejahung der jeweils historisch bedingten Eigentumsverhältnisse. Wir können dem Individuum keine absolut willkürliche Verfügungsgewalt einräumen: Mit dem Eigentum ist der Einzelne Glied seiner Gemeinschaft und damit ihrer lebendigen, sich also wandelnden Eigentumsordnung unterstellt. Historische Rechtstitel müssen sich lebendig einer Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der höheren Gerechtigkeit einfügen. Der Wandel in Form und Verteilung des Eigentums darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von Gott den Menschen verliehene verantwortliche Freiheit untrennbar verbunden ist mit freier Verfügungsgewalt über Eigentum.

Eine Vernichtung des Eigentums durch gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen macht im Ergebnis den Einzelnen zum Sklaven des Kollektivs. Die Überzeugung, durch eine grundsätzliche Abschaffung der Unterschiede in den Eigentums- und Besitzverhältnissen einen allgemeinen Zustand des Glücks und der sozialen Befriedung herbeiführen zu können, beruht auf dem Aberglauben an die qualitative Gleichheit der Menschen und führt in der politischen Wirklichkeit nur zu Systemen des Terrors und der Unfreiheit.

4. Das g e i s t i g e L e b e n und die g e s a m t e K u l t u r betrachten wir als einen Bereich, der nicht unmittelbar vom Staat und auch nicht von den organisierten Kirchen reglementiert werden kann, sondern der freien Kräfte selbständiger Geister bedarf. Wir lehnen die Vorstellung ab, daß die Kultur wesentlich der Erreichung staatlicher und politischer Ziele zu dienen habe. Von daher können wir dem Staat auch kein uneingeschränktes Schulmonopol zugestehen, sondern müssen für eine wirkungsvolle Mitbeteiligung der Eltern auf allen Gebieten der Erziehung eintreten. Wir kennen für das Geistesleben und die Kultur allerdings ebenfalls keine absolute Bindungs- und Schrankenlosigkeit. Vielmehr wissen wir uns verpflichtet, die echten schöpferischen kulturellen Kräfte zu fördern und die Voraussetzungen dafür zu erleichtern, daß sich geistiges Leben in unserem Gemeinwesen unter Anerkennung der eigenen Verantwortlichkeit entfalten und entwickeln kann.

5. Das Wirken der beiden K i r c h e n in der Verkündigung des Wortes Gottes, in der Verwaltung der Sakramente, in der Seelsorge und in ihrer Beteiligung an Erziehung und Bildung in unserem Volk sehen wir als segensreich an, auch für die politische Stabilität unserer Nation. Wir meinen, hoffen zu dürfen, daß das Verhältnis von Kirche und Staat nach Zeiten einer falschen Abhängigkeit voneinander und nach einer Zeit lebensbedrohender Gegensätzlichkeit zu einer Form der Zusammenarbeit sich zu entwickeln im Begriffe ist, bei der dem Staat zukommt, was des Staates ist, der Kirche, was der Kirche ist, so daß falsche Vermengungen vermieden werden, aber auch nicht ein bloßes Nebeneinander, sondern eine beiden Seiten förderliche, durchaus spannungsreiche, wechselseitige Zusammenarbeit entsteht.

Wir würden dem Thema nicht gerecht werden, wenn nicht wenigstens mit einigen Strichen noch angedeutet würde, was die Beachtung solcher Grundsätze für die Tagespolitik jetzt an Konsequenzen verlangt. Wenn ich mich nicht täusche, so stehen wir als Partei in der Hauptsache einer doppelten Gefahr gegenüber, die in Norddeutschland besonders akut ist, aber unter Umständen auch die Situation im gesamten Bundesgebiet - sogar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 - überschatten kann:

Die von bestimmter Seite außerhalb der CDU erhobenen Vorwürfe gegen eine Bevorzugung der Katholiken im Rahmen der Personalpolitik sind im Grunde nur ernst zu nehmen als Symptome für von ganz verschiedenen Seiten unternommene Anstrengungen, die CDU in den Augen des Volkes doch als eine wesentlich katholische Partei erscheinen zu lassen. Wir werden nicht leugnen können, daß der Tod von Hermann Ehlers die Erfolgsaussichten solcher Bemühungen vergrößert hat. Weil man zu Lebzeiten von Hermann Ehlers beim Blick auf die CDU schlechterdings nicht an seiner Person vorbeisehen konnte, war es auch nicht möglich, der Öffentlichkeit weiszumachen, einige wenige evangelische CDU-Abgeordnete spielten in dieser Partei keine andere Rolle als die berühmten Renommiertheologen in einigen studentischen Korporationen früherer Zeiten. Die Persönlichkeit von Hermann Ehlers bedeutete für die evangelische Öffentlichkeit fast eine Garantie dafür, daß die evangelische Komponente in der CDU ihrer Bedeutung entsprechend zum Zuge kam. Es würde mir als eine Art Vogel-Strauss-Politik erscheinen, wenn wir nicht erkennen wollten, daß es gegenwärtig nicht ausgeschlossen ist, daß im Volk immer mehr die Ansicht verbreitet wird: nach dem Tode von Hermann Ehlers werde die evangelische Mitarbeit innerhalb der CDU in steigendem Maße eingeschränkt und von den tatsächlichen Entscheidungen ausgeklammert.

So wird wohl nicht zu vermeiden sein, auf dem Sektor der Personalpolitik auch jene Zahlen zu nennen, die beweisen, daß der gerecht Urteilende - ohne einzelne Schwierigkeiten verschweigen zu wollen - im Ergebnis nicht von einer Benachteiligung der Evangelischen sprechen kann. Viel bedeutsamer und in der Wirkung entscheidend scheint mir aber zu sein, auf ganz anderen Gebieten deutlich werden zu lassen, daß die evangelische Komponente das Bild der CDU als politischer Partei wesentlich mitbestimmt: Wir werden in Vorträgen und Publikationen, wie auch in der parlamentarischen Arbeit stärker und pointierter als bisher die evangelische Form des christlichen Staatsverständnisses zur Darstellung bringen müssen. Hier ist von uns ein maßgeblicher Beitrag zur Frage der Wiedervereinigung gefordert. Wir werden auf dem weiten Felde der Wirtschaftspolitik die evangelische Bejahung sachlicher Orientierung und das Eigentum erhaltender Maßnahmen vernehmlicher auszusprechen haben. Und wir werden uns schon die Mühe machen müssen, ein deutliches evangelisches Wort zu dem zu sagen, was für die Katholiken auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit den Begriffen Solidarität und Subsidiarität umschrieben wird. Schließlich aber werden wir als Evangelischer Arbeitskreis der CDU nicht darum herumkommen, uns der schweren Aufgabe zu unterziehen, noch profilierter als bisher eine evangelische Stellungnahme zu den großen kulturpolitischen Grundsatzfragen zu erarbeiten.

Was unser Verhältnis zu den evangelischen Kirchenleitungen angeht, so sollten

wir uns in unserer unabhängigen Eigenständigkeit als Partei nicht von der seitens der katholischen Kollegen gegenüber ihren Kirchenleitungen gezeigten Freimütigkeit beschämen lassen. Ebensowenig wie wir beanspruchen, Ansehen und Autorität der Kirchenleitungen für die politische Arbeit einzusetzen und auszumünzen, ebensowenig sollten wir auch nur den Eindruck aufkommen lassen, als sähen wir die politischen Äußerungen auch hochstehender und von uns auf ihren eigenen Gebieten anerkannter evangelischer Theologen und Kirchenmänner ohne weiteres als maßgeblich für unsere politische Arbeit an.

Bei derartigen Überlegungen und Arbeitsplanungen für die nächste Zukunft muß zugleich der zweiten, nicht weniger bedrohlichen Gefahr begegnet werden: Es würde für die Partei unmittelbar vernichtend sein, wenn es den politischen und kirchlichen Bestrebungen außerhalb der CDU gelingen würde, das durch die praktische Zusammenarbeit innerhalb der CDU entstandene Vertrauensverhältnis der Kollegialität und Kameradschaft mit unseren katholischen Freunden durch Mißtrauen zu zersetzen. Die politische Alltagsarbeit der vergangenen Jahre hat in einer viele von uns überraschenden Weise gezeigt, daß es zu gemeinsamen Entschlüssen von großer Tragweite kommen kann, wenn sich evangelische und katholische Christen in einer Partei zusammenfinden. Die meist unausgesprochen gebliebene gemeinsame christliche Grundlage hat bisher alle Belastungsproben bestanden. Auch spezifisch evangelische Anliegen konnten innerhalb der CDU und mit Hilfe der CDU leichter verwirklicht werden als in und mit anderen politischen Parteien. Wir müssen als evangelische Glieder der CDU unsere katholischen Freunde von der Sorge freihalten, ihre eigentlichen Gewissensanliegen könnten durch uns majorisiert werden. Ich halte es für bedenklich, wenn bei der Lösung zutiefst weltanschaulich verankerter Fragen, die für einen beträchtlichen Teil unseres Volkes Gewissensbindungen einschließen, die Konfessionsarithmetik gegen die jeweilige Minderheit zur Anwendung gebracht wird.

Es gehört zu dem besonderen Wagnis des Glaubens, das Hermann Ehlers auf dem Felde der politischen Entscheidungen eingegangen ist, daß er unter Wahrung der religiösen und theologischen Unterschiede und Gegensätze zwischen katholischen und evangelischen Christen die gemein-christliche Verantwortung als Vertrauensbasis für gemeinsame politische Arbeit eingesetzt hat.

Wer heute der Überzeugung ist, daß die CDU von ihrem Ansatz aus und wegen der ihr im letzten Jahrzehnt zugewachsenen Verantwortung dazu verpflichtet ist, um die Behauptung ihrer führenden Stellung zu kämpfen, der wird sich entschließen müssen, diese gemeinsame Vertrauensbasis zu bejahen, seinen evangelischen Beitrag zum politischen Leben mit größerem Gewicht als bisher auf die Waagschale zu legen und sich dabei sorgfältig freizuhalten von jedem antikatholischen Affekt, den der katholische Freund nie anders denn als Diskriminierung seines Glaubens wird verstehen können.

Eine große politische Partei kann nur so lange an der Führung bleiben, als sie fähig ist, große Spannungen in den eigenen Reihen zu ertragen und als Kraftquelle für gemeinsames Handeln auszuschöpfen. Das Schicksal der CDU und damit etwas Wesentliches in der unmittelbar vor uns stehenden deutschen Geschichte hängt davon ab, ob wir auch weiterhin das Wagnis vollziehen: als Katholiken und Evangelische trotz aller Unterschiede gemeinsam dem gleichen Herrn durch unser politisches Handeln zu dienen.

(Referat auf der Jahrestagung 1955 des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen am 29. und 30. Oktober in Göttingen - siehe auch unseren Bericht auf Seite 22 dieser Ausgabe.)

SOZIALREFORM - UTOPIE ODER MÖGLICHKEIT?

von Friedrich Kühn

(Fortsetzung aus der vorigen Ausgabe)

Ebenso wie die Frage der Sicherung des Alters ist auch die Frage eines wirksamen Schutzes im Krankheitsfall eines der im Rahmen der Neuordnung der sozialen Leistungen am lebhaftesten diskutierten Probleme. Auch hier geht es in erster Linie wieder darum, klar das Ziel zu erkennen, dem die Reform dienen soll. Die soziale Krankenversicherung ist wie die Rentenversicherung auf dem Grundsatz der gegenseitigen Haftung der Versicherten untereinander aufgebaut. Dieses Solidaritätsprinzip wird in der Krankenversicherung noch besonders dadurch unterstrichen, daß hier nicht wie in der Rentenversicherung der Staat mit Zuschüssen helfend eingreift. Der Gedanke der Gemeinschaftshaftung ist aber in den vergangenen Jahren durch den Mißbrauch, der gerade bei der Krankenversicherung teilweise eingerissen ist, leider etwas in Vergessenheit geraten, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch für sie - ebenso wie wir das schon für die Rentenversicherung gefordert haben - der Gedanke der Subsidiarität wieder hervorgehoben werden muß.

Solidaritätshaftung der Gemeinschaft für den Einzelnen ist eine unabdingbare Forderung jeder sozialen Ordnung. Sie kann aber nur durchgehalten werden, wenn sie - und zwar vom einzelnen Mitglied her - durch den Gedanken der vorrangigen Selbstverantwortung ständig korrigiert wird. Je weniger das der Fall ist und je mehr der Einzelne glaubt, von seiner Versicherung möglichst viele Leistungen fordern zu können, um so schärfer wird man eine Begrenzung der Versicherungspflicht vornehmen müssen, um so lauter wird sich auch der Ruf nach einer fühlbaren Selbstbeteiligung an den entstehenden Kosten für die einzelnen Leistungen erheben. Da hier mit theoretischen Forderungen nichts getan ist, wird der Gesetzgeber auf entsprechende Maßnahmen bedacht sein müssen, die den Gedanken der Solidarität und Subsidiarität in der Öffentlichkeit wieder zu größerer Wirkungskraft verhelfen. Und das wäre eben möglich durch eine Überprüfung des Kreises der Versicherungspflichtigen wie durch eine der Leistungsfähigkeit des Einzelnen entsprechende Selbstbeteiligung an den Kosten für die Leistungen der Kasse.

Einen großen Raum in der Debatte um diesen Bereich einer Leistungsreform nehmen die Maßnahmen der sogenannten Gesundheitspflege ein. Sicher wird eine Gesundheitspolitik, die sich nicht darauf beschränkt, aufgetretene Schäden festzustellen und zu beheben, sondern bemüht ist, unter Berücksichtigung ihres (neuen) Gesamtbildes vom Menschen diesen in seinem Lebenskreis, d.h. also auch in seiner Arbeit zu erhalten, nicht darauf verzichten können, Gesundheitsschäden vorzubeugen. Gerade die Wichtigkeit dieses Gebietes macht es aber erforderlich, die Verwendung der Mittel auch entsprechend zu lenken.

Wir sagten, daß der Gesundheitspolitik - und nicht nur ihr, sondern der gesamten Sozialpolitik - ein neues Bild vom Menschen vorschwebt. Damit kommen wir zu einer sehr bedeutsamen Frage der Sozialpolitik, die auch bei den Überlegungen über die Reform der sozialen Leistungen in den in Deutschland traditionellen Zweigen deutlich hervortritt: Wir sehen den Menschen nicht mehr als das vereinzelte Individuum, sondern in seiner Einbettung in die Lebenskreise, denen er zugeordnet ist - die Familie, die engere Gemeinschaft des Berufes, die weitere des politischen Raumes. Von daher ergibt sich ja auch immer wieder die Betonung des Subsidiaritätsprinzips.

Soweit es die Familie angeht, wird davon noch zu reden sein. Die Sicherung in der Arbeit und damit, im weiteren Sinne, in der Berufsordnung erstrebt auch die Arbeitslosenversicherung. Ob sie so, wie sie heute besteht, ihrem Zweck gerecht zu werden vermag, ob überhaupt in Zeiten echter Wirtschaftskrisen das Risiko der Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitslosenversicherung behoben werden kann, ist eine umstrittene Frage. Zweifellos besteht hier jedoch die Möglichkeit, durch finanzpolitische Maßnahmen, d.h. mit den Beiträgen, die in der Arbeitslo-

senversicherung erspart werden, wirtschaftspolitische Impulse zu geben, die Krisen entgegenwirken können. Unbestreitbar ist auch, daß durch die Arbeitslosenversicherung bei Arbeitsplatzverlust im Wege der Ausbildung für einen neuen Arbeitsplatz dem Einzelnen wesentliche Starthilfe gegeben werden kann. Die Novelle zum "Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" (AVAVG), über die z.Zt. der zuständige Ausschuß des Bundestages berät, wird auch auf diesem Gebiet sicherlich manches Neue in Erscheinung treten lassen.

Das Entscheidende jedoch bleibt die Familie. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade aus ihrer Bewährung in jüngster Vergangenheit die Gefahr einer Abkehr von anderen Bindungen erwächst. Das gilt insbesondere für die Ordnung des Staates, die vielen so problematisch geworden ist. Je mehr nun aber der Staat die echten Ansprüche der Familie respektiert, auf ihr Dasein durch seine Maßnahmen Rücksicht nimmt, um so mehr wird hier auch wieder zusammenwachsen, was unauflöslich zusammengehört. Der Familienpolitik kommt also eine wahrhaft grundlegende Bedeutung für die Sozialpolitik in den kommenden Jahren zu.

Es ist hier nicht der Platz, die gesamten soziologischen Veränderungen aufzuzeigen. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß eine Sozialreform im umfassenden Sinne nur dann verwirklicht werden kann, wenn sie unter Beachtung dieser soziologischen Veränderungen die unabänderlichen Gegebenheiten menschlichen Gemeinschaftslebens erneut überprüft und in ihre sozialen und politischen Ordnungen einbaut.

Wir sollten uns allerdings darüber klar werden, daß eine solche Sozialreform nicht das Werk eines einzelnen Gesetzes sein kann. Eine Reform sozialer Verhältnisse geschieht dauernd. Es wird immer wieder danach zu fragen sein, inwieweit die bestehenden rechtlichen Vorschriften noch der tatsächlichen Situation entsprechen. Dabei werden auch neue Wege beschritten werden müssen. Daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich vor solchen Wegen - auch wenn sie hier und da auf Mißverständnisse stoßen - nicht scheut, beweist das Kindergeldgesetz, mit dem in der Tat neues sozialpolitisches Wollen ganz deutlich wird. Man darf nicht verkennen, daß der Widerstand gegen dieses Gesetz letzten Endes nicht - wie das so gern dargestellt wird - technische Gründe hat, sondern daß seine Wurzel in mangelndem Verständnis für die Notwendigkeit eines neuen Denkens über die Familie und ihre Stellung im Staat zu suchen ist.

Oft wird behauptet, daß über der Diskussion einer technischen Reform der für Deutschland klassischen Sozialleistungen die große Sozialreform vernachlässigt werde. Solche Kritiker sehen nicht oder wollen nicht sehen, daß das Kindergeldgesetz wie auch das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz, das den Bundestag in Kürze beschäftigen wird, bereits Konsequenzen aus den veränderten soziologischen Tatbeständen und damit Stücke echter Sozialreform darstellen.

Wir stehen in der Gefahr, einem gesetzlichen Perferktionismus zu verfallen, wenn wir glauben, daß das Leben in seiner Vielfalt sich in bestimmte Normen pressen ließe. Je mehr wir von diesem Denken abkommen, je mehr wir auch einen Blick dafür gewinnen, daß soziale Tatbestände nicht zuletzt in mannigfacher Beziehung zu den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten stehen, desto mehr werden wir nüchterne sachliche Überlegungen anstellen, wie dem Gewordenen durch gesetzliche Regelung Rechnung getragen werden kann. Der Gesetzgeber hat die Aufgabe, hier pfleglich zu behandeln, was keimt und neu werden will, und vorzubereiten, was einmal werden soll.

WAS MACHEN WIR MIT DEM NAMEN GOTTES?

von Konrat Weymann

Unter dieser Überschrift erhielten wir eine kritische Stellungnahme zu den Ausführungen von Edo Osterloh über "Der Fahneneid in theologischer Sicht" in unseren Ausgaben Nr. 7/8 und 9 dieses Jahres. Sie stammt aus der Feder des Evangelischen Studentenpfarrers in Tübingen. Wir geben seinen Gedanken als weiterem Diskussionsbeitrag gern Raum, da mit ihnen nun auch die Auffassung derer zu Worte kommt, denen es in ernsten Überlegungen um einen Verzicht auf den Soldateneid bei der Schaffung neuer deutscher Streitkräfte geht.

Die Red.

Der Mißbrauch mit dem Eid, wie er im "Dritten Reich" getrieben worden ist, hat weite Kreise unseres Volkes zu grundsätzlichen Überlegungen über Sinn und Wesen des Eides geführt. Edo Osterloh durchdenkt in seinem Beitrag die Bedeutsamkeit der Bergpredigt für die Eidesfrage. Er kommt zu dem Ergebnis, daß "Jesus den Eid verbietet, wenn der Einzelne damit für sich persönlich die Absicht verfolgt, sich zu sichern". Der Eid war der Beweis der Lüge in der Welt geworden. Könnte der Mensch nicht lügen, so wäre kein Eid notwendig. Dieser Eid, der ein Damm gegen die Lüge sein sollte, war von der Lüge selbst ergriffen und in ihren Dienst gestellt worden. Darum packte Jesus die Lüge dort, wohin sie sich geflüchtet hatte, im Eid.

Wenn Jesus den Einzelnen, dem er in der Bergpredigt begegnet, von der Lebenslüge freimacht, sich selbst sichern zu können und zu müssen, bleibt dennoch die Frage, ob sich nicht Ordnungsmächte - wie z.B. der Staat - aus ihrer inneren Struktur heraus sichern müssen. Edo Osterloh bejahte diese Frage, und hierin muß man mit ihm einig gehen. Das Problem ist nur: Welches ist die legitime Form, mit der sich der Staat gegen Unwahrhaftigkeit und Untreue seiner Soldaten sichern kann?

Edo Osterloh ist der Ansicht, daß dies nur durch Rückgriff auf den Fahneneid geschehen könne. Bei diesem Fahneneid dürfe auf die Worte "schwören", "heilig", "Eid" und "Gott" nicht verzichtet werden.

Was machen wir dabei mit dem Namen Gottes? Osterloh sagt richtig: "Jesus verbietet den Eid, wenn der Einzelne damit für sich persönlich die Absicht verfolgt, sich zu sichern." Jesus verbietet ihn aber auch, wenn Gott damit in den Sicherheitsdienst des Staates aufgenommen und zu einem Mittel zur Hebung der Kampfmoral gemacht werden soll, im übrigen jedoch nicht ernst genommen wird.

Wir brauchen hier gar nicht auf die Perversion einzugehen, die die Forderung des Fahneneides im "Dritten Reich" darstellte: Dort wurde die Ablegung des Eides unter Anrufung Gottes von allen Soldaten durch einen Mann gefordert, der selbst nicht an diesen Dreieinigen Gott glaubte. Gott, an den der oberste Repräsentant des Staates nicht glaubte, wurde zu einem Mittel degradiert, mit dem man die, die noch glaubten, um so fester an sich zu binden hoffte.

Auch angesichts des Artikels von Edo Osterloh ergibt sich die Frage: Welcher Gott ist hier gemeint, in dessen Namen der Soldat gezwungen werden soll, einen Fahneneid abzulegen? Gott wird zum "Transzendenten", zum "Schöpfergott", zur "Zukunft", zum "Repräsentanten und Garanten des christlichen Abendlandes". Eine solche unpersönliche Gottesidee kann dann auch als Mittel zum Zweck - in unserem Falle von einem Staat zu seiner Sicherung - gebraucht oder, besser gesagt, verbraucht werden. Gott, d.h. der Vater Jesu Christi, begegnet uns aber nicht anders als in Jesus Christus, wenigstens, wenn es der lebendige Gott ist. Und dieser allein ist und bleibt der Herr. Wenn wir ihn als Mittel zum Zweck nehmen, wird er sich uns entziehen. Wollen wir einen guten Freund, eine treue Frau oder Gott haben, so dürfen wir sie nicht nach ihrem Zweck befragen und beurteilen.

Auch der Staat darf nicht unter solchen Gesichtspunkten handeln.

Es hat eine Zeit gegeben, in der in echter Weise die Bindung des Menschen an den Staat durch einen Eid unter Anrufung Gottes erfolgte. Auch in dieser Zeit waren nicht alle Menschen im Staat Christen, aber die verbindende Klammer war zumindest eine von allen bejahte christliche Sitte. Edo Osterloh schreibt selbst, daß "im Bereich des Staatlichen und Politischen der Glaubende zu allen Zeiten ganz bewußt und betont mit Ungläubigen - der Christ mit Nichtchristen - zusammenlebt". Ich muß hier fragen, wie man dann noch, wenn selbst die Klammer der gemeinsamen christlichen Sitte dahin ist, den Eid unter Anrufung Gottes zum Gesetz für Nichtchristen machen kann.

Dieses Problem sieht Osterloh, erklärt aber dann: politisch gesehen erscheine es ihm katastrophal, "von der demagogischen Behauptung auszugehen, die Mehrheit unserer jungen Männer sei 'gottlos'". Wieso diese Behauptung demagogisch sein soll, ist - nach den vorhergehenden Feststellungen Osterlohs selbst - nicht klar. Für die Mehrheit der Menschen in unserem Staat ist Gott zur Zeit höchstens eine Erscheinung am Rande. Es geht im Grunde alles auch ohne Gott. Wenn wir das Wort "gottlos" verdeutlichen wollen, sagen wir vielleicht: Sie können nicht mehr beten, und sie wissen mit seiner Gnade nichts anzufangen. Wie aber sollten sie dann plötzlich seine Heiligkeit im Sinne des "transzendenten Befehls" respektieren können? Wir sollten hier nüchterner und klarer denken - auch wenn die uns dabei erwachsenden Erkenntnisse schmerzlich sind. Wir geraten sonst in die Gefahr, in romantisierende Vorstellungen zu verfallen.

Edo Osterloh erhofft von einer ungefähr eineinhalb Jahre dauernden Belehrung und Erziehung innerhalb der Truppe eine "Erweckung der allgemein christlichen Tradition des Abendlandes". Bonhoeffer schreibt einmal in seiner "Ethik": "Allein in der göttlichen Erneuerung der Kirche, die diese in die Gemeinschaft des auferstandenen, lebendigen Jesus Christus führt, liegt die Erneuerung des Abendlandes." Können wir diese Erneuerung im Raum der neuen Streitkräfte durch ihre Offiziere erwarten? Ist die Hoffnung, daß Belehrung und Erziehung in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren eine geistige und glaubensmäßige Basis für den Fahneneid unter Anrufung Gottes in der Truppe zu schaffen vermöchten, nicht Utopie? Was wollen wir noch alles von den Streitkräften erwarten?

Wie schon in der Weimarer Republik kein Mensch gezwungen werden konnte, einen Eid unter Anrufung Gottes abzulegen, so ist auch in § 16, Abs. 2 der entsprechenden Gesetzesvorlage der Bundesregierung vorgesehen, daß der Schlußsatz der Eidesformel "so wahr mir Gott helfe" weggelassen werden kann. Ein solcher Eid ist jedoch praktisch kein Eid mehr, sondern eine feierliche Verpflichtung. Zudem, welche eigenartige Situation entsteht, wenn in einer Truppe der eine Teil den Eid in dieser und der andere Teil den Eid in jener Form schwört, beide Teile aber in gleicher Weise gebunden sein sollen!

Wenn uns klar geworden ist, daß der Eid unter Anrufung Gottes in der jetzigen Situation für die Mehrzahl der Menschen kein echter und wahrer Ausdruck ihrer Bindung und Verpflichtung sein kann, erscheint die Forderung einer solchen Eidesformel von Seiten des Staates als innerlich unwahr: der Name Gottes würde vom Staat als Mittel zum Zweck mißbraucht werden. Für die, die den Eid unter Anrufung Gottes schwören, bedeutet dies eine Verführung. Wie verhängnisvoll sie werden kann, hat die Situation der Soldaten vor und im letzten Kriege gezeigt: Soldaten, die noch in der christlichen Sitte beheimatet waren, aber nicht mehr wußten, daß es gilt, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, fühlten sich durch ihren Eid an einen Gott gebunden, der ein Aftergott war.

Es waren viele unter uns dankbar, daß vor der Unterzeichnung der Pariser Verträge versichert wurde: in den kommenden Streitkräften werde auf den Soldateneid verzichtet werden. Nicht, weil man meinte, daß damit die Ernsthaftigkeit des Soldatenamtes herabgemildert würde; vielmehr empfand man, daß die Form der feierlichen Verpflichtung sehr viel ehrlicher, klarer und eindeutiger sei.

Allein die Frage, auf wen der Eid abgelegt werden soll, macht dies schon deut-

lich: Es bestünde die Möglichkeit, diesen Eid auf a) das Grundgesetz, b) den Bundespräsidenten oder c) das Vaterland zu schwören.

- Zu a): Das Grundgesetz bezeichnet sich selbst als Provisorium. Ein Eid aber sollte keinen vorläufigen Charakter haben. Beim Soldaten geht es um Leben oder Tod. Hier kann nicht vorläufig vollzogen werden.
- Zu b): Eine Vereidigung auf den Bundespräsidenten wäre noch das am ehesten Mögliche. Doch auch hier müssen wir behutsam sein, denn dieses Amt hat im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung nicht eine solche Verankerung gefunden, daß es ein Gegenüber für den Fahneneid sein könnte.
- Zu c): Eine Vereidigung auf das Vaterland erschiene mir am kritischsten. Die entscheidende Frage der jungen Menschen, die sich überhaupt Gedanken machen, lautet: Was ist das deutsche Vaterland? Die Bundesrepublik ist nach dem Grundgesetz ein Provisorium; dennoch sollten gerade wir Christen sie als Staat ernst nehmen. Es bleibt aber die Hoffnung, die im täglichen Gebet ihren Ausdruck findet, daß die Not der Zerrissenheit unseres Vaterlandes ein Ende finden wird - und damit unsere Bundesrepublik.

Wir sollten also in der Eidesfrage sehr zurückhaltend sein und uns mit einer feierlichen Verpflichtung begnügen. In einer solchen feierlichen Verpflichtung ist darüber hinaus viel genauer zu formulieren, worauf der Soldat verpflichtet wird, als das beim Eid möglich ist. Auch braucht die Festlegung auf eine feierliche Verpflichtung keineswegs "für alle Zeiten" bindend zu sein. Es ist die Entscheidung, die heute und für unsere Situation getroffen werden muß. Wir sollten jetzt in aller Armut ehrlich sein und nicht den Namen Gottes noch mehr entleeren und dem Menschen einen Rock überstülpen, in dem er sich verfangen muß.

Wenn wir aber trotz allem hoffen sollten, daß durch einen religiösen Eid das Soldatische im Transzendenten fundiert wird, so scheint mir dies Romantik zu sein. Das Soldatische als solches kann nicht im Transzendenten fundiert werden; doch mit Gottes Hilfe wird es Menschen geben, die sich auch als Soldaten in Gott verankert wissen und darum auch ohne religiösen Eid ihren Dienst in Wahrhaftigkeit und Treue tun. Wer aber nicht in dem Gott Jesu Christi gegründet ist, den bindet auch kein Eid an ihn in echter Weise. Eine feierliche Verpflichtung, die ihm deutlich macht, worauf er verpflichtet wird, könnte ihn sehr viel eher in die Pflicht nehmen.

DIE SOWJETUNION UND DIE DEUTSCHE FRAGE

von Werner v. Lojewski

Auf der Genfer Konferenz haben die Sowjets die Ziele ihrer Deutschlandpolitik mit schonungsloser Offenheit ausgesprochen. Sie haben damit jene Illusionen zerstört, die bisher manche Kreise des Westens beherrschten. So ist in den letzten Jahren von der deutschen Opposition aller Schattierungen unentwegt behauptet worden, allein der deutsche Verteidigungsbeitrag verhindere die Wiedervereinigung. Diese These konnte nur entstehen, weil man Wunschbilder für Wirklichkeit hielt und nicht genau hinhörte auf das, was die Sowjets sagten.

Seit der letzten Genfer Konferenz vermag nun niemand mehr die folgenden Tatsachen zu bestreiten: Der Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur Nordatlantischen Gemeinschaft (NATO) bildet nach den Worten der Sowjets das Haupthindernis für die Wiedervereinigung, nicht aber das einzige Hindernis. Die Sowjets fordern ferner die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Vor allem aber sind sie nur dann bereit, in die Wiedervereinigung einzuwilligen, wenn sie sicher sind, daß diese unter volksdemokratischen Vorzeichen erfolgt.

Es gibt manchen, der so tut, als sei das völlig neu. In Wirklichkeit haben die Sowjets mit dieser Zielsetzung nie hinter dem Berge gehalten: Wer die zahllosen Noten und Erklärungen der Sowjetregierung seit 1945 aufmerksam studiert, wird jedesmal die Formel vom "einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland" entdecken. "Friedliebend und demokratisch" sind nach sowjetischen Begriffen jedoch nur die Volksdemokratien. Andere Staaten, einschließlich der Bundesrepublik, sind das Gegenteil. Auch hierüber haben die Sowjets seit Kriegsende nie einen Zweifel gelassen. Nur hat mancher im Westen geglaubt, alle sowjetischen Erklärungen, die in diese Richtung zielten, bagatellisieren zu können.

Solcher Grundhaltung zufolge haben die Sowjets von Anfang an, also seit 1945, aus der Sowjetzone planmäßig einen Satellitenstaat gemacht. Sie haben von der ersten Stunde an die Verwirklichung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens sabotiert, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen sei. Daneben haben sie sich allerdings ständig als eindringliche Befürworter der deutschen Einheit aufgespielt. Mancher ist ihnen dabei auf den Leim gegangen, weil er nicht sah oder nicht sehen wollte, daß sie allein die volksdemokratische Einheit im Sinne hatten. Auf der letzten Genfer Konferenz haben sie nun so uneingeschränkt wie noch nie geradeheraus gesagt, was sie wollen. Diese rauen Erklärungen wurden abgegeben mitten in die "Offensive des Lächelns" hinein. Das muß, wie alles bei den Sowjets, einen wohlbedachten Zweck haben. Wollten sie dem Westen, insbesondere den Deutschen, damit demonstrieren, daß eine Wiedervereinigung durch Verhandlungen zwischen den vier ehemaligen Besatzungsmächten eine hoffnungslose Angelegenheit sei, und daß es darum nur die eine Möglichkeit gebe, daß die Deutschen "ihre Sache selbst in die Hand nehmen" und sich "alle Deutschen an einem Tisch" zusammensetzen?

Es spricht vieles für eine solche Annahme, namentlich die Tatsache, daß die Sowjets fordern: die Welt müsse die Existenz zweier deutscher "Teilstaaten" als "Realität" hinnehmen. Die Forderung, diese "Realität" anzuerkennen, die noch dazu durch Gewalt geschaffen worden ist, bedeutet aber, daß nicht mehr von einem Rechtsanspruch geredet werden soll. Das deutsche Volk hat indessen einen Rechtsanspruch auf Wiedervereinigung, zu dem sich alle vier Besatzungsmächte auch in der letzten Zeit bekannt haben; und es hat darüber hinaus einen Anspruch auf freie gesamtdeutsche Wahlen, den die vier Regierungschefs im Sommer d.J. in Genf ausdrücklich bestätigt haben. Es wird die Aufgabe der deutschen Politik sein, diese Rechtsansprüche in Zukunft unaufhörlich geltend zu machen.

An der jüngsten sowjetischen Haltung ist aber auch abzulesen, daß die Sowjetunion ein Sicherheitssystem gar nicht als so notwendig empfindet, wie ihre Propaganda dies behauptet, und daß sie sich stark und sicher genug fühlt, um sich bei der weiteren Behandlung der deutschen Frage viel Zeit zu lassen. Denn seit der Genfer "Gipfelkonferenz" vom Sommer sind die Machthaber im Kreml endgültig davon überzeugt, daß der Westen keinen Krieg will. Das bedeutet, daß sie sich keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt sehen. Für die nächste Zukunft ist daher anzunehmen, daß die Sowjets ihre Entspannungsoffensive - aber auch ihren Versuch zur politischen Durchdringung der Bundesrepublik fortsetzen werden. Sie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß es ihnen gelingen werde, von der Sowjetzone aus ganz Deutschland aufzurollen. Deshalb suchen sie "technische Kontakte", über die zugleich die Anerkennung des unrechtmäßigen Pankower Regimes erzwungen werden soll. Auf solche Weise hat es in allen Satellitenstaaten und in der Sowjetzone selbst angefangen. Erst hieß es, man wolle nichts anderes, als die "fortschrittlichen Kräfte" zum Zuge bringen, und denke beileibe nicht daran, daß das Land kommunistisch werden müsse - bis eines Tages die kommunistische Alleinherrschaft Wirklichkeit geworden war. Es hat in allen diesen Staaten, die unter das sowjetische Joch gerieten, immer wieder Leute gegeben, die glaubten, stark genug zu sein, um sich mit den Parteigängern Moskaus einlassen und sie trotzdem ausmanövrieren zu können. Aber in jedem Falle hat das bittere Ende gelehrt, daß die anderen die Stärkeren waren, weil sie rücksichtsloser sind.

Die Sowjets spekulieren darauf, daß der Westen weich wird und die Deutschen sich

aus Verzweiflung - weil ihnen jede andere Aussicht auf Wiedervereinigung verloren zu sein scheint - am Ende doch zu solchen "technischen Kontakten" bereitfinden werden. Sie rechnen außerdem damit, daß der Westen ungeduldig und mißmutig wird - weil er sich sagen müsse: die Beendigung des Kalten Krieges scheiterte nur, weil die Deutschen auf der Wiedervereinigung bestünden -, und daß daraus wiederum im Westen eine allgemeine Abneigung gegen die Deutschen und eine Isolierung Deutschlands erwachsen. Hier liegen die Fallstricke der künftigen Entwicklung. Wenn wir nicht ganz wachsam und standhaft bleiben, können wir im Handumdrehen in einen Erdrutsch geraten, der zunächst ganz harmlos aussehen mag, aus dem es aber kein Entrinnen gibt.

AUS DEN ARBEITSKREISEN

"Den Weg hat Hermann Ehlers gewiesen..."

Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordwürttemberg

Zu einem Vortrag über die "Entwicklung und bisherige Tätigkeit der Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU und deren gegenwärtige konkrete Aufgaben" hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Nordwürttemberg Anfang Oktober nach Stuttgart eingeladen. Vor über hundert evangelischen Männern und Frauen, unter denen sich auch Kultusminister Wilhelm S i m p f e n d ö r f e r, der Vorsitzende des württembergischen Arbeitskreises, befand, sprach Staatssekretär Dr. Walter S t r a u s s vom Bundesjustizministerium, einer der engsten Mitarbeiter von Hermann Ehlers und Stellvertretender Vorsitzender des Bundesarbeitskreises.

Die "Gleichheit aller", die "Brüderlichkeit untereinander" und die "Freiheit eines Christenmenschen" im lutherischen Sinne bezeichnete der Redner als die drei Grundbedingungen, unter denen das Verhältnis vom Menschen zum Staat für den evangelischen Christen zu ordnen sei. Aus diesen drei Voraussetzungen erwachse jedoch noch ein viertes: die "Pflicht der Mitverantwortung"! Erkenntnis und Bejahung dieser Pflicht seien es im Grunde gewesen, die das Entstehen der Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU bewirkt hätten. Und der Name Hermann Ehlers stand im Mittelpunkt, als Dr. Strauss die beiden Hauptaufgaben der Arbeitskreise auf ihren Initiator zurückführte: die Notwendigkeit des Gesprächs mit unseren katholischen Freunden, wie die Notwendigkeit des Gesprächs mit der weiteren evangelischen Öffentlichkeit.

Unter diesen beiden Aspekten berichtete Dr. Strauss über die jährlichen Arbeitstagungen des Bundesarbeitskreises. Auch der Unbefangene mußte dabei empfinden, daß dieser Bundesarbeitskreis eine Schule besonderer Art ist, deren Lehrer zwar abberufen wurde, wo aber an den Schülern sichtbar wird, daß aus ihnen nicht mehr herauszureißen ist, was er ihnen ins Herz legte. Auch unausgesprochen klang immer wieder der Name Hermann Ehlers mit, als vom Wirken aus ersten Anfängen nach der großen geistig-sittlichen Verschüttung durch Nationalsozialismus und erste Nachkriegsjahre die Rede war, von den wechselnden Themenstellungen der Jahrestagungen bis hin zur letzten im Mai 1955 in Worms, die unter dem Thema stand: "Christ und Vaterland". "Wir sind mit diesem Thema noch nicht recht fertig geworden", sagte Staatssekretär Dr. Strauss, "aber wir kennen den Weg; Hermann Ehlers selbst hat ihn noch gewiesen..."

Gerade den evangelischen Christen gehe diese Problematik besonders an, denn unsere wichtigste Zukunftsaufgabe sei die Wiederherstellung des gemeinsamen Vaterlandes, die Wiedervereinigung. Von 18 Millionen Menschen in der Sowjetzone seien 16 Millionen evangelische Christen. Schon aus diesem Grunde müsse die Tätigkeit

der Evangelischen Arbeitskreise jetzt am stärksten bestimmt werden durch das Gespräch "über die Wege, die zur Wiedervereinigung führen, und über das, was nach der Wiedervereinigung zu geschehen hat".

Es sei falsch, in Bezug auf die Wiedervereinigung nur das politische und das wirtschaftliche Problem zu sehen. Am gewichtigsten sei das geistig-religiöse. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß der Bolschewismus eine "Ersatzreligion" sei, dem idealistische Motive - wenn auch in utopischer Ausdrucksform - zugrunde lägen. Deshalb komme es darauf an, alle irgend denkbaren Kontaktmöglichkeiten zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze auszunützen, in erster Linie durch Briefe, Pakete und Einladungen. "Es ist nicht wichtig, daß mit dem Päckchen der Kaffee kommt, sondern wichtig ist, daß überhaupt etwas kommt!"

Politisch gelte es, unseren Staat schon heute so aufzubauen, daß er später als Muster für einen gesamtdeutschen Staat dienen könne und dessen Entstehen durch seine ausstrahlende Wirkung auf die Menschen in der Sowjetzone vorbereite. Auf wirtschaftlichem Sektor dürfe man nicht restaurativ denken. Zweifellos werde gerade hier nach der Wiedervereinigung manches zu "revidieren" sein. Dabei sei nur an die Bodenreform zu denken, oder an das nicht weniger schwierige Problem der volkseigenen Betriebe. Man dürfe dann allerdings eben nicht rückwärts, sondern man müsse vorwärts revidieren!

In einer zeitlich zwar begrenzten, aber dafür sehr lebhaften und fruchtbaren Diskussion wurde vor allem auch die Frage einer Aktivierung der Evangelischen Landesarbeitskreise der CDU/CSU angeschnitten. Durchweg wurde eine Intensivierung und Vertiefung der Tätigkeit des Arbeitskreises in Nordwürttemberg für dringend erforderlich gehalten.

In seinem Schlußwort betonte Staatssekretär Dr. Strauss u.a. die Bedeutung des Personalproblems für die nach der Wiedervereinigung anstehenden Aufgaben. Es dürfe auf gar keinen Fall eine Neuauflage der Entnazifizierung geben. Man müsse auch den Funktionären der SED den Weg zurück zu den echten Gemeinschaften offenlassen. Wo Sühne gefordert werden müsse, genüge das bürgerliche Recht. Wichtiger als der kleinmütige Gedanke an Vergeltung, wo jemandem Unrecht zugefügt worden sei, müsse der Wille sein, die geistige Auseinandersetzung mit dem Osten siegreich zu bestehen.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind fast unübersehbar, die Mitverantwortung des evangelischen Christen ist nicht zu leugnen und - "den Weg hat Hermann Ehlers noch gewiesen..."

Helmut Plumbohm

"Recht, Staat und Politik in evangelischer Sicht"

1. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern

Der eindrucksvolle Verlauf, den die erste Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU am 12. und 13. November in Nürnberg nahm, ließ erkennen, wie sehr dieser Arbeitskreis seit seiner Gründung im Frühjahr 1953 im bayerischen Raum Fuß gefaßt hat. Zweihundert Delegierte aus allen Teilen des Landes waren erschienen, um an den zweitägigen Beratungen teilzunehmen, die unter dem Thema: "Recht, Staat und Politik in evangelischer Sicht" standen.

Die Sitzung des erweiterten Landesvorstands des Arbeitskreises am Samstagvormittag vermittelte interessante Einblicke in die Tätigkeit der bis jetzt konstituierten fünfzehn örtlichen Arbeitskreise, darüber hinaus aber auch in die Situation des Protestantismus in Bayern überhaupt. Man erfuhr von den noch aus den Anfangsjahren der CSU herrührenden Schwierigkeiten, als es der evangelischen Minderheit - der Anteil der Evangelischen an der Gesamtbevölkerung Bayerns beträgt nur 26% - zunächst nicht überall gelungen war, das Gesicht der Union überzeugend mitzuprägen. Mußten die evangelischen Unionspolitiker auch im übrigen Bundesgebiet jahrelang gegen das Vorurteil von der "überwiegend katholischen

Partei" ankämpfen, so mußten dies die Evangelischen der CSU begreiflicherweise erst recht in dem so betont katholischen Bayern. Aber vielleicht dürfen wir gerade in diesem Umstand die Erklärung dafür suchen, daß sich der Evangelische Arbeitskreis gegenwärtig in Bayern so lebendig und kräftig entfaltet: Er scheint einem von weiten evangelischen Kreisen empfundenen Bedürfnis zu entsprechen und kommt auch für die Gesamt-CSU, die sich anschickt, aus der Opposition heraus neue Kräfte zu sammeln, zur rechten Stunde.

Aus den Berichten der örtlichen Vorsitzenden ergab sich die Richtung der weiteren Arbeit: Sammlung der evangelischen Kräfte v o n u n t e n h e r , um der Zersplitterung des evangelischen Stimmenanteils auf mehrere Parteien ein Ende zu machen und gleichzeitig das evangelische Gewicht in der Union zu verstärken. Damit wird eine Entwicklung bestätigt und fortgesetzt, die schon seit 1953 auch in Bayern zu beobachten ist: daß sich die evangelische Wählerschaft, insbesondere des flachen Landes, weithin immer stärker der CDU/CSU zuwendet. Tatsächlich wird das evangelische Franken von den führenden Männern der CSU heute als dasjenige bayerische Gebiet angesehen, in dem die zukünftigen "Reserven" für die Partei zu suchen sind.

Nicht zufällig ging der Anstoß zur Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU von Mittelfranken aus, wo die protestantisch-deutschen Überlieferungen noch besonders lebendig sind. In D i n k e l s b ü h l entstand durch die Initiative des jetzigen Ersten Vorsitzenden, Pfarrer und Dozent Alfons K r e u - B e l , und des jetzigen Zweiten Vorsitzenden, Landrat Dr. Hans K ü B w e t - t e r , der erste Stützpunkt dem bald weitere in Ansbach, Bayreuth, Nürnberg und Nördlingen folgten. Bei der Bundestagswahl vom September 1953 erlebte der bayerische Arbeitskreis - von Hermann Ehlers persönlich mit aller Kraft unterstützt - dann seine erste Bewährung.

Die beiden Hauptreferate der Tagung am Samstagnachmittag sollten den Delegierten wie zahlreiche erschienenen Gästen deutlich machen, mit welchem Ernst im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU um die rechte Auffassung vom Staat und um eine theologische Fundierung der Politik gerungen wird. Mit der tiefen wissenschaftlichen Sachkenntnis und Abgeklärtheit des Rechtsphilosophen unternahm es Professor Dr. Erich K a u f m a n n , Bonn, unter dem Thema: "Recht und Staat in evangelischer Sicht" die wichtigsten Begriffe klar herauszuarbeiten. "Der Staat ist nicht der Schöpfer des Rechts, auch wenn er Recht setzt und Recht spricht", sagte er. Über dem Staat stünden objektive Werte, deren Verwirklichung gottgegebene Aufgabe von Volk und Staat sei, und zwar neben Freiheit und Ordnung vor allem das Recht. Der Staat sei die leibliche Gestalt der geistigen Volksgemeinschaft; durch ihn trete das Volk in die Welt des Wollens und Handelns im geschichtlichen Raum ein. Zur Obrigkeit, der wir Gehorsam schuldeten, gehöre nicht nur die "Obrigkeit" im engeren Sinne, sondern gehörten auch die Volksvertretungen, die Gerichte und die Institute der Fürsorge; zu den Attributen der Obrigkeit zähle das Schwert als Richtschwert und als Wehrschwert - alles im Auftrage Gottes und an seine Ordnung gebunden. Einschränkend unterstrich Professor Kaufmann aber auch: "Es sind dem Staat Grenzen gesetzt, theologische Grenzen." Es gebe eine letzte Sphäre moralischer Entscheidungen, die mit dem geltenden Recht nicht erfaßt werden könne. "Das irdische Recht muß ein Abglanz der göttlichen Gerechtigkeit sein."

Professor Kaufmann lehnte zwar jeglichen Rechtspositivismus entschieden ab, bezog aber das Naturrecht in den Zusammenhang seiner Darlegungen ein und wies darauf hin, welchen Anteil lutherische Staatsdenker - von Pufendorf angefangen - an der Ausbildung naturrechtlicher Gedanken gehabt haben.

Anschließend sprach Pfarrer und Dozent Alfons K r e u B e l , München, über das Thema: "Die Verantwortung des evangelischen Christen in der Politik". Von Professor Kaufmann abweichend erklärte er gleich eingangs, daß naturrechtliche Gedankengänge mit dem heutigen Staatsbegriff des evangelischen Christen unvereinbar seien. In temperamentvollen Ausführungen umriß er die Lehre vom Staat nach dem Neuen Testament: Alle evangelische Staatsauffassung bewege sich zwischen

Römer 13 und Offenbarung 13, wo das eine Mal vom Rechtsstaat, das andere Mal vom "Tier aus dem Abgrund", dem Unstaat, die Rede sei. Man dürfe Römer 13 nicht isolieren, um daraus eine Staatslehre zu destillieren, die den Christen dem Staat ausliefere. Gerade wenn man von Römer 13 her den Staat als eine Erhaltungssordnung, besser: Gnadenordnung, verstehe, müsse man auch seinen Zusammenhang mit dem Willen Gottes sehen. Hier werde das Anliegen der Lehre Luthers von den zwei Reichen deutlich: Das Reich dieser Welt dürfe nicht in eine Eigengesetzlichkeit entlassen werden. Auch der Bereich des Staates unterstehe dem einen gnädigen und richtenden Willen des einen Gottes. Luthers Lehre wolle allerdings einer unsachlichen Vermischung beider Bereiche einen Riegel vorschieben. Uns sei die Aufgabe gestellt, die "Geister zu prüfen" und zu erkennen, ob der Staat jeweils noch Staat nach Römer 13 oder schon der Unstaat nach Offenbarung 13 sei. Voraussetzung sei eine Entmythologisierung des Staates: "Der Begriff der Obrigkeit ist fraglos ein Begriff aus einer bestimmten historischen Epoche. Er ist durchaus kein primär theologischer, sondern zunächst ein politisch-soziologischer Begriff."

Pfarrer Kreußel wies nach, warum die politische Mitarbeit im demokratischen Staat zu den Pflichten des Christen gehört: "Was Luther etwa noch dem Gewissen des christlichen Fürsten seiner Zeit anbefiehlt, muß jetzt dem souveränen Staatsbürger gesagt werden." Allein der subsidiär aufgebaute Staat, d.h. der sich von unten nach oben integrierende Selbstverwaltungsstaat, komme andererseits für eine solche Mitarbeit überhaupt in Frage. In diesem Zusammenhang bekannte sich der Redner zu jenem politischen Realismus, den wir Deutschen in unserer Vergangenheit so oft hätten vermissen lassen, der aber gerade dem evangelischen Christen zieme. Er schloß mit dem paulinischen Wort: "Alles ist euer! Ihr aber seid Christi!"

Von der hohen Ebene staatsphilosophischer und theologischer Darlegungen führte der Weg der Tagung ziemlich unvermittelt in das rauhe Getriebe der Tagespolitik. Ein P r e s s e e m p f a n g vereinte die führenden evangelischen CDU-Politiker mit den Vertretern der namhaftesten bayerischen Zeitungen und des Rundfunks. Pfarrer Kreußel stand in einem Kreuzfeuer von Fragen, bei denen u.a. auch so heikle Themen wie das der Christlichen Gewerkschaften in offener Weise angeschnitten wurden. Der Geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Hans S t r ü m p f e l , der als Vertreter des Bundesarbeitskreises in Nürnberg weilte, nahm die Gelegenheit wahr, um Entwicklung und Anliegen der Evangelischen Arbeitskreise aus der Bonner Perspektive zu erläutern.

Mit einer sehr gut besuchten K u n d g e b u n g trat der Evangelische Arbeitskreis der CSU am Abend zum ersten Male in Bayern vor die breite politische Öffentlichkeit. Unwillkürlich wanderten die Gedanken um ein Jahr zurück, zum 9. Oktober 1954, an dem Bundesminister Dr. Robert Tillmanns auf der ersten Nürnberger Veranstaltung des Arbeitskreises vor einer relativ kleinen Zuhörerschaft über den Kampf um die deutsche Wiedervereinigung gesprochen hatte. An diesem 12. November 1955, da er als Hauptredner der Kundgebung erwartet worden war, erfüllte die Nachricht von seiner plötzlichen Erkrankung alle Freunde bereits mit Sorge.

Als Pfarrer Kreußel die Versammlung eröffnete, konnte er neben dem Ersten Landesvorsitzenden der CSU, Staatsminister a.D. Dr. Hanns S e i d e l , und Bundesminister Dr. Siegfried B a l k e fast alle evangelischen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der CSU, unter ihnen auch den Zweiten Landesvorsitzenden, Landrat Rudolf E b e r h a r d , begrüßen, darüber hinaus jedoch auch eine ganze Reihe prominenter katholischer Parteifreunde. Für den erkrankten Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Robert Tillmanns, sprangen als Redner Landrat Dr. Hans K ü ß w e t t e r und Bundestagsabgeordneter Dr. Georg Baron v. M a n t e u f f e l - S z o e g e ein. Dr. Küßwetter schlug in seinen Ausführungen Seiten an, die bei den grundsätzlichen Referaten des Nachmittages noch nicht angeklungen waren: Er erinnerte an die evangelische Tradition Frankens und ließ den Hintergrund reichsdeutscher Geschichte aufleuchten. Baron v. Manteuffel deutete die durch den enttäuschenden Verlauf der Genfer

Konferenz entstandene außenpolitische Lage und rief die Christen beider Konfessionen zur Einigkeit gegenüber der atheistischen Front des Ostens auf. Das politische Hauptreferat hielt der CSU-Landesvorsitzende Dr. Hanns Seidel, der das Aufbauwerk der CDU/CSU in den vergangenen zehn Jahren würdigte und die gegenwärtige bayerische Politik einer kritischen Prüfung unterzog. Die CSU, so erklärte er, komme ihrer Pflicht als Oppositionspartei gewissenhaft nach, in der festen Überzeugung, daß sie in nicht allzu ferner Zeit wieder in die Verantwortung gerufen werde. - Noch während sich nach Abschluß der Kundgebung der Saal leerte, traf die Nachricht vom Hinscheiden des Bundesministers Dr. Robert Tillmanns ein. Tiefe Trauer um den Verstorbenen erfüllte alle, die davon vernahmen, und gab dem weiteren Verlauf der Tagung ein besonders ernstes Gepräge.

Nach dem gemeinsamen Gottesdienst in der St. Lorenz-Kirche am Sonntagmorgen versammelte sich ein ansehnlicher Kreis von Mitgliedern und Freunden, um als Arbeitsgruppe die Referate des Vortages zu erörtern. Pfarrer Kreußel gedachte einleitend des schweren Verlustes, den die Sache des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit dem Heimgang von Robert Tillmanns so unerwartet erlitten hat, und würdigte das Werk des Verstorbenen. Wiederum sei deutlich geworden, daß wir alle in echtem Gemeinsinn an der Wahrnehmung der politischen Verantwortung des evangelischen Christen mittragen müßten, damit der Einzelne nicht überfordert werde. Unsere Bereitschaft zum politischen Dienst solle der Dank an den Verstorbenen sein.

In einer lebendigen Diskussion wurde eine Reihe von Problemen - darunter die Notwendigkeit einer geistigen Überwindung des historischen und dialektischen Materialismus und das Für und Wider der Todesstrafe - erörtert; auch Fragen der Lehrerbildung und der Personalpolitik wurden gestreift.

Da die Hauptreferenten ausgeprägte geistige Positionen vertraten, entbehrte die Aussprache nicht der inneren Spannung: War es Professor Kaufmanns besonderes Anliegen, den Begriffen Recht und Staat aus einer unverkennbar konservativen Grundhaltung heraus (F.J. Stahl) einen festen Platz in der evangelischen Wertordnung zuzuweisen, so ging es Pfarrer Kreußel, dem Schüler Karl Barths, um eine Neuschöpfung des demokratischen Staatsbegriffs und der Welt des Staatlichen überhaupt auf dem Grunde einer geradezu revolutionär gestimmten neuen Theologie. Die Mahnung Professor Kaufmanns, daß man sich davor hüten sollte, "sich auf einem historisch zu dünnen Boden zu bewegen", fand bei einem Teil der Anwesenden lebhafteste Zustimmung. Fast will es dem Berichterstatter scheinen, als sei es an der Zeit, die bisher fast ausschließlich auf theologisch-rechtsphilosophischer Ebene geführten grundsätzlichen Erörterungen des Evangelischen Arbeitskreises auch auf das Gebiet der politischen Geschichte auszudehnen, die der Politik doch von allen wissenschaftlichen Disziplinen am nächsten steht. Die Fundierung einer "evangelischen Politik" in Deutschland ist, so meinen wir, auch eine eminent historische Frage.

Das Ergebnis der Grundsatzaussprache auf der 1. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Nürnberg wurde in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

"Das Recht ist vor dem Staat. Es gibt auf einer höheren Ebene liegende, überpositive Maßstäbe, nach denen der Staat die Gesetze zu gestalten und anzuwenden hat.

Der Staat, der nach Römer 13 als heilsame Ordnung vom Christen Gehorsam verlangen darf, ist der Rechtsstaat, der sich an diese Maßstäbe hält.

Das sicherzustellen, ist Aufgabe des Christen in der Politik. Die von der Sünde her begründete Fehlsamkeit des Menschen - auch des Christen - darf dabei nicht hindern, sondern nur duldsam und nachdenklich machen.

Wo der Staat den Weg des Rechts verläßt, ist dem Christen Widerstand nicht nur erlaubt, sondern geboten. Jeder Rechtspositivismus ist abzulehnen.

Am Ende einer unheilvollen Entwicklung kann der Staat zum Unstaat nach Offenbarung 13 entarten."

Dr. Alexander Keßler

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CSU in Nordschwaben

Unsere Aufgabe: Verbindung mit der Zone halten!

Jahrestagung 1955 des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen

Referate und Aussprache der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen am 29. und 30. Oktober in Göttingen, an der etwa zweihundert evangelische Männer und Frauen aus dem ganzen Lande, unter ihnen prominente Vertreter des politischen, kirchlichen und kulturellen Lebens, teilnahmen, standen im Zeichen einer eindrucksvollen Besinnung auf "die geistig-seelische Situation in der sowjetischen Besatzungszone" und die sich daraus für die Deutschen in der Bundesrepublik ergebenden Aufgaben.

Verleger Dr. Peter Bloch, Berlin, ehemaliges Mitglied der CDU der Sowjetzone (er mußte 1950 nach West-Berlin fliehen), schilderte im ersten Referat der Tagung, in lebendiger Weise durch zahlreiche persönliche Erlebnisse veranschaulicht und unterstrichen, die politische Entwicklung in der Zone bis zur vollständigen "Machtübernahme" des Kommunismus. Er erklärte, die Menschen jenseits der Zonengrenze seien heute am Ende ihrer seelischen Kräfte. Nach dem Besuch Dr. Adenauers in Moskau, von dem Wunder hinsichtlich der Wiedervereinigung erwartet worden seien, hätten sich Furcht, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in verstärktem Maße ausgebreitet. Das werde an den wachsenden Flüchtlingszahlen und in allen Äußerungen von Bewohnern der Sowjetzone deutlich. Es sei die unabdingbare Aufgabe des Westens, hier durch materiellen und seelischen Beistand helfend einzugreifen. Täglich würden in der Zone trotz eines ungeheuren politischen Druckes, trotz Bespitzelung und steten Zwanges zur Lüge im Angesicht der sowjetischen Bajonette zahlreiche stille Opfer und Heldentaten vollbracht. Der Westen dagegen schwanke gegenüber den Sowjets zwischen überheblichem Selbstbewußtsein und unwürdigem Hinterherlaufen. Ihnen könne jedoch nur eines imponieren: Haltung.

Bundesminister Dr. Robert Tillmanns konnte mit seinem Referat unmittelbar an die Ausführungen von Dr. Bloch anknüpfen. Es will dem rückblickenden Teilnehmer heute als mehr denn ein Zufall erscheinen, daß das letzte große Referat des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf einer Tagung des Arbeitskreises "unsere Verpflichtung und Aufgabe" gegenüber den Menschen in der Sowjetzone und im Hinblick auf ihre Rückkehr in eine freie staatliche Gemeinschaft mit uns zum Inhalt hatte. Seine Worte sollen in unseren Herzen lebendig bleiben, damit wir mit allen unseren Kräften und Möglichkeiten auf jenen Tag hinarbeiten, dem sein unermüdliches Wirken stets und zu allererst gegolten hat.

Die Wiedervereinigung so sagte Dr. Tillmanns, sei nicht nur eine Lebensfrage des deutschen Volkes, sondern zugleich ein entscheidendes Problem für den Fortbestand Europas und die Erhaltung des Weltfriedens. Die Wiedervereinigung sei allerdings keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Sache, für die sich alle einsetzen müßten, vornehmlich die Politiker, und zwar die der ganzen Welt. Insbesondere aber sei es Verpflichtung und Aufgabe der Deutschen in der Bundesrepublik, alles zu tun, was diesem Ziele diene. Dr. Tillmanns warnte vor der sowjetischen Entspannungspolitik, die er für gefährlicher halte als den Kalten Krieg. Die Sowjets versuchten damit lediglich, den Westen "aufzuweichen". Ihre Politik sei jedoch nach wie vor von der Überzeugung eines notwendigen Endsieges des Weltkommunismus getragen. Es sei eine Illusion, wenn man glaube, den Kommunismus durch soziale und wirtschaftliche Sättigung allein überwinden zu können. Der besser verdienende Mensch werde damit nicht zufriedener. Im Westen

Deutschlands sei der Geist der Unzufriedenheit in manchen Dingen stärker als in der Sowjetzone.

Eindringlich forderte Dr. Tillmanns immer wieder, den Kontakt mit den Menschen in der Sowjetzone zu pflegen. Jede Möglichkeit menschlicher Verbindung müsse genutzt werden. Das schließe den Willen zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ein; und hier wiederum liege eine besondere Aufgabe gegenüber der Jugend. Es sei töricht, die Beeinflussung der Jugend in der Sowjetzone durch die dortigen Erziehungsmaßnahmen zu unterschätzen. Gerade in seinem Erziehungssystem offenbare der Bolschewismus seine wahre Natur: Es gehe ihm um eine vollständige Umformung des Menschen im materialistisch-atheistischen Sinne, d.h. zum Sowjetmenschen. Die Gefahr seiner Methoden liege für die Jugend darin, daß sich der Bolschewismus dabei echter Werte, wie Solidarität, Kameradschaft, Treue usw., bediene. Der junge Mensch aber sei vielfach nicht in der Lage, zu durchschauen, daß er auf diese Weise als Werkzeug einer Machtpolitik mißbraucht werde, der es nicht um Wohlfahrt und Glück des Einzelnen gehe, sondern ausschließlich um Festigung und Ausweitung des bolschewistischen Systems. In der Sowjetzone kümmere man sich mit aller Intensität um die Jugend, während der Westen eine eigenartige Scheu zeige, hier aktiv zu werden. - Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Kommunismus und Bolschewismus sei, so erklärte Dr. Tillmanns abschließend, ein Appell an die geistig-sittlichen Kräfte des deutschen Volkes.

In einer abendlichen Feierstunde, die dem Gedenken an Hermann Ehlers gewidmet war, würdigte Oberkirchenrat Adolf C i l l i e n , der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wesen und Werk des verstorbenen Bundestagspräsidenten und christlichen Politikers, dessen Gedankengut der Evangelische Arbeitskreis weiterzutragen sich bemühe. Ministerialdirektor Edo O s t e r l o h , Bonn, ließ das Vermächtnis von Hermann Ehlers und seinen Auftrag an uns in einem Referat über "Das Wagnis des Glaubens auf dem Felde politischer Entscheidungen", das wir an anderer Stelle dieser Ausgabe im Wortlaut wiedergeben, deutlich werden.

Der zweite Tag vereinte die Tagungsteilnehmer zunächst zu einem gemeinsamen Gottesdienst in der Göttinger Albani-Kirche. Im Anschluß daran setzte sich der Sozialminister des Landes Niedersachsen, Dr. Heinz R u d o l p h , in ebenso grundlegender wie umfassender Weise mit dem "sozialen Auftrag unserer Generation" auseinander und wies Wege zu seiner Verwirklichung. Der Berichterstatter darf an dieser Stelle darauf verzichten, auf dieses bedeutungsvolle Referat näher einzugehen, da sein Abdruck in wesentlichen Auszügen für eine der nächsten Ausgaben der "Evangelischen Verantwortung" vorgesehen ist. Darüber hinaus glaubt die Redaktion, dem Wunsche vieler Leser zu entsprechen, wenn sie die Schlußansprache von Bundesminister Dr. Tillmanns in der Januar-Nummer im vollen Wortlaut wiedergibt. - Die Göttinger Tagung stand unter der umsichtigen Leitung des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Niedersachsen, Dr. Klaus v. E i c k - s t e d t , der in seinem Schlußwort darauf hinwies, daß es das Bemühen des niedersächsischen Landesarbeitskreises sein werde, überall dort, wo Wunsch und Bedürfnis danach zu erkennen wären, die Bildung örtlicher Evangelischer Arbeitskreise der CDU zu fördern.

H.S.

MITTEILUNGEN

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (Bundesarbeitskreis) wählte auf seiner Sitzung am 1. Dezember 1955 in Bonn als Nachfolger des verstorbenen Bundesministers Dr. Robert Tillmanns einstimmig Bundesinnenminister Dr. Gerhard S c h r ö d e r zum neuen V o r s i t z e n d e n .

Die "Evangelische Verantwortung" erscheint mit der vorliegenden Doppelnummer für November und Dezember zum letztenmal in diesem Jahre. Wir geben ihr daher unsere herzlichsten Segenswünsche zum Weihnachtsfest und für das Neue Jahr an alle unsere Leser mit auf den Weg. Möchten wir auch 1956 in unserem gemeinsamen Anliegen verbunden bleiben!

Die Redaktion

**Die FRANKONIA-Universaltasche
mit verstellbaren Zwischenwänden**

Eine Spitzenleistung
sauberen handwerk-
lichen Könnens.
Verarbeitung edelsten
Materials.



A. DOPPERT, Lederfabrik, Kitzingen 3 (Bay.)

Verkaufsorganisation:
Müller & Siebe, München 2, Augustenstraße 16



EISENWERK KRITZLER

WEIDENAU/SIEG

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre, Siederohre, Gewinderohre

Rippenrohre, Rohrschlangen, Rohrbogen

Preß-, Zieh- und Stanzteile

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht
liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT

mit beschränkter Haftung

DEUZ (Krs. Siegen i. W.)



SIEGENER AKT.-GES.

GEISWEID i. W.

Verzinkte Bleche, Stahldacheindeckungen, Stahlhoch- und
Brückenbau. Stahlwellblechbauten jeder Art, insbesondere
Garagen, Fahrradständer und Hallenbauten. Schwere und
leichte Kesselschmiedearbeiten